

ANZEIGE

Hilfe,

ich brauche einen Arzt!
Praxis zu?

Wir sind da!

Ärztlicher Bereitschaftsdienst Bremen-Stadt
Neuer Standort: Krankenhaus St. Joseph-Stift
(Eingang Notaufnahme, Schubertstraße)
Mo, Di, Do, Fr 19-7 Uhr / Mi 15-7 Uhr /
Sa, So, Feiertage 7-7 Uhr → Telefon 116 117

Freie Bahn für Grindel beim DFB

Bremen-Frankfurt/Main (wat). Die Suche nach einem Nachfolger für den zurückgetretenen DFB-Präsidenten Wolfgang Niersbach fokussiert sich immer mehr auf Reinhard Grindel. Der 54-jährige CDU-Bundestagsabgeordnete aus Rotenburg/Wümme gilt seit Mittwochabend als erster Anwärter auf das Amt. Der ebenfalls hoch gehandelte Interimspräsident Rainer Koch wird nach Auskunft des niedersächsischen Fußball-Landeschefs Karl Rothmund nicht für den dauerhaften Chefposten beim DFB kandidieren – er unterstützte vielmehr Grindel. Grindel, der seit 2013 als Schatzmeister des DFB arbeitet, ist damit der letzte verbliebene Kandidat aus der ersten Funktionsreihe. Vor Koch hatte bereits dessen Partner an der aktuellen DFB-Spitze, Reinhard Rauball, eine Kandidatur abgelehnt. Ein außerordentlicher DFB-Bundestag, auf dem Grindel gewählt werden könnte, wäre für Anfang 2016 denkbar. **Bericht Seite 24**

Ein paar Zeilen zum Abschied



Einige unterschreiben nur, andere verfassen mehrere Zeilen, manche schreiben sogar eine ganze Seite voll: Kondolenzbücher liegen in Bürgerschaft und Rathaus, und die Bremer nutzen sie fleißig, um Abschied von Helmut Schmidt zu nehmen. FOTO: KOCH **Bericht Seite 10**

ANZEIGE

LOTTO-APP GEWINNSPIEL

männer 3 x 2 Tickets für Mario Barth sind aber sexy

Kostenlos downloaden:
app.lotto-bremen.de
Oder hier scannen!

Politik für Politikversteher

André Fesser
über das Wahlrecht

Was will er eigentlich, der Wähler? Will er mitentscheiden und mitgestalten, die Zusammensetzung des Parlaments festlegen und damit Einfluss auf Politikinhalt und -stil ausüben? Sieht man sich die jüngsten Wahlbeteiligungen an, dann will er es nicht. Gerade mal die Hälfte der Wahlberechtigten schleppt sich zu den Urnen. Darunter sind viele, die etwas bewirken wollen. Viele andere aber zieht allein das Pflichtgefühl ins Wahllokal. Gehört sich ja so – Stammwählerkreuzchen, fertig.

Sinnvoll also, dass sich diejenigen, die schon mal gewählt wurden, Gedanken über das Wahlsystem machen. In diesen Tagen brüten Bremens SPD und Grüne über Reformvorschlägen: Die Wählerentscheidung für einen Kandidaten, die Personenstimme, könnte im Wert steigen. Die Liste hingegen, über die die Partei festlegt, wer wichtig ist, soll an Bedeutung verlieren.

Klingt gut. Aber ob dieses Herumdoktern am Wahlsystem die Wahlbeteiligung steigert? Kompliziert bleibt es allemal. In Bremen darf man kumulieren und panaschieren, und dies in einem Wahlbuch, nicht auf einem Wahlzettel. Das System ist erklärungsbedürftig und richtet sich somit an Menschen, die es verstehen wollen. Politik für Politikversteher, das schließt viele aus. Dazu kommt das Gefühl, dass sich mit den Kreuzen nichts ändert und am Ende die SPD den Bürgermeister stellt. Das aber wird diese kaum infrage stellen wollen.

andre.fesser@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Simone Sterr



Im Juli äußerte die Schauspielspartenleiterin des Theaters Bremen den dringlichen Satz: „Es wird Zeit, dass das passiert.“ Gemeint war eine Inszenierung von Simon Stephens' Stück „Pornographie“. An diesem Donnerstag hat das Terror thematisierende Drama Premiere. Sterr gibt ihr Bremer Debüt als Dramaturgin.

LOTTO

6 aus 49 14 15 20 25 28 41 3
Spiel 77 9 9 6 5 5 3 6 Super 6 * 170462
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber 15° Nachts 9° Niederschlag 40%

Teils Wolken, teils Sonne
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



Bremer Sportvereine unter Druck

Viele Hallen können nicht genutzt werden, jetzt sollen die Verbandsabgaben steigen

VON JÖRG NIEMEYER
UND MICHAEL LAMBEK

Bremen-Hannover. Mehr als die Hälfte der 34 großen Bremer Sporthallen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen infrage kommen, steht den Vereinen inzwischen nicht mehr zur Verfügung. Nun droht den Klubs die nächste Belastung: Der Landessportbund Bremen (LSB) möchte ab 2016 höhere Beiträge einziehen. Weil der Dachverband in finanziellen Nöten steckt, sollen die Vereine auf einem Außerordentlichen Landessporttag am 28. November einer Beitragserhöhung in drei Stufen um insgesamt zwei Euro jährlich pro Mitglied zustimmen. Derzeit führt jeder Verein für Erwachsene drei Euro an den LSB ab. 2016 und 2017 soll der Betrag um 50 Cent, 2019 um einen auf dann fünf Euro steigen.

„Das passt zu dieser Zeit nicht in die Welt“, sagt der Präsident von Tura Bremen, Dirk Bierfischer. „Wenn ich mich in meinem Präsidium durchsetzen kann, werden wir gegen den Antrag stimmen. Wenn es an die Existenz der Vereine geht, kann der LSB uns nicht noch mehr schröpfen.“ Ähnlich sieht es Jürgen Maly. Für den Vorsit-

zenden des ATS Buntentor ist die Hallensituation und der deshalb drohende Verlust von Mitgliedern aber das viel größere Problem der Vereine. Maly und seine Vorstandskollegen haben daher beantragt, am 28. November nicht über Beiträge zu sprechen, sondern über den Sporthallenentzug – und zwar mit Bürgermeister Carsten Sieling als Gast des Landessporttags.

Auch LSB-Präsident Andreas Vroom weiß, dass der Zeitpunkt für Beitragserhöhungen schlecht ist. Nur sieht er keine andere Möglichkeit. „Wenn von der Stadt kein Geld kommt, müssen wir es auf die Vereine umlegen“, erklärt er. Offensichtlich hat der LSB über Jahre mehr Geld ausgegeben als eingenommen: Eine Rücklage in Höhe von 834 000 Euro ist seit 2009 auf 347 500 Euro geschmolzen, und in den Wirtschaftsplan für 2016 hat der LSB weitere 105 000 Euro eingestellt. Vroom möchte den LSB als Dienstleister für seine Vereine und Verbände stärken und zwei Kräfte für die Vereinsberatung zusätzlich einstellen. Im LSB selbst sieht Vroom kein Einsparpotenzial in erforderlicher Größe mehr. „Wenn die Erhöhung nicht durchgeht, muss ich gnadenlos Personal abbauen.“

Auf jeden Fall wird Vroom noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. Und der Antrag des ATS Buntentor zeigt: Obwohl das Thema Hallen für Flüchtlinge unmittelbar nichts mit der Finanzlage des LSB zu tun hat, ist es für die Vereine viel wichtiger. „Wir in Gröpelingen kennen nichts anderes als Integration“, betont Dirk Bierfischer – und ärgert sich umso mehr, dass die Sozialbehörde auf die Sporthallen zugreift. „Wir Vereine sind viel zu lieb, wir nehmen alles hin“, sagt er auch.

Das mag für Tura derzeit noch gelten, nicht aber für OT Bremen. In einem Offenen Brief an Bürgermeister Sieling (SPD) hat sich die Vorsitzende Ute Brunzel massiv über das Vorgehen des Sportamts beschwert. Nachdem im Verein Hoffnung aufgekommen war, dass die Sportanlage Schevevor möglicherweise nicht oder zumindest später für Flüchtlinge herangezogen werden sollte, wurden plötzlich große Abfallcontainer über die Anlage gerollt. OT-Mitglieder beschwerten sich und stellten die Glaubwürdigkeit ihres Vereinsvorstands infrage, für den feststeht: Gegen die Beschlagnahmung der Sportanlage wird er sich juristisch zur Wehr setzen. Hoffnung

auf ein rasches Ende der Situation kann der Sprecher der Sozialbehörde, Bernd Schneider, den Klubs nicht machen, „weil wir keinen Einfluss haben auf den Zugang der Flüchtlinge und Asylbewerber“.

Weit weniger dramatisch ist die Lage in Niedersachsen. Von den 3587 Sporthallen des Landes seien deutlich weniger als drei Prozent mit Flüchtlingen belegt, hieß es am Mittwoch beim Landessportbund. Allerdings ergibt die entsprechende Umfrage des Verbands ein uneinheitliches Bild: In größeren Kommunen ist der Anteil der Hallen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen in Anspruch genommen werden müssen, größer als in der Fläche. In Hannover sind es rund zehn Prozent, in Delmenhorst sind vier von zehn Hallen belegt.

„Die Sportvereine gehen mit dem Problem sehr gelassen und vor allem konstruktiv um“, sagt Bettina Matschuck vom Kreis-sportbund Verden: „Die Vereine rücken zusammen und melden freie Hallenzeiten, die von anderen Vereinen genutzt werden können“, erklärt sie. Im Landkreis Verden sind Flüchtlinge zurzeit in vier Sporthallen untergebracht.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 25

Mehr Soldaten nach Afghanistan

Berlin (krö). Die Zahl der Bundeswehrosoldaten in Afghanistan soll von 850 auf 980 erhöht werden. Das betätigte SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold dem WESER-KURIER. „Der Auftrag wird nicht verändert. Aber die Bundeswehr muss auch in die Lage versetzt werden, ihn zu erfüllen“, sagte Arnold. Die deutschen Soldaten sollen die afghanische Armee beraten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat den Entwurf ihres Hauses für das neue Einsatzmandat in dieser Woche in die Ressortabstimmung gegeben. Am kommenden Mittwoch soll das Kabinett ihn beschließen.

Von der Leyen betonte am Mittwochabend anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr, Deutschland müsse jetzt beim Einsatz in Afghanistan Verlässlichkeit beweisen. „In einigen Tagen werden 20 Nationen nach Berlin kommen, um mit uns das weitere gemeinsame Vorgehen in Afghanistan zu beraten“. Wie der sicherheitspolitische Blog „Augen geradeaus“ berichtete, soll das Mandat der Bundeswehr in einem Punkt verändert werden. Die Soldaten haben in Zukunft die Erlaubnis, die Afghanen auch am Ort eines Einsatzes zu beraten. Es sei jedoch nicht vorgesehen, dass sie die Partner auch in Kampfeinsätze begleiten. Nach der bisherigen Planung wird der Bundestag in seiner letzten Sitzungswoche vor Weihnachten über den Antrag der Bundesregierung befinden. **Thema Seite 3**

STANDPUNKTE

EKD-Synode ohne Signal für die Zukunft 2

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) konzentriert sich voll auf das Lutherjahr. Ein Signal für die Bewältigung der Aufgaben in der Zeit nach dem Reformationsjubiläum blieb bei der Synode in Bremen aus.

DER NORDEN

Opposition klagt über Unterrichtsausfall 14

An niedersächsischen Schulen fallen nach Ansicht von CDU und FDP zu viele Stunden aus. Das Kultusministerium habe zu wenig Lehrer eingestellt. Ministerin Frauke Heiligenstadt wirft der FDP Panikmache vor.

KULTUR

Der Kampf um die Wurst 22

Es ist eine Musikvideoshow der besonderen Art. Bereits zum zehnten Mal traten Musiker aus Bremen und Niedersachsen im ausverkauften „Modernes“ gegeneinander an und kämpften um die „Goldene Wurst“.

WIRTSCHAFT

Mode mit Handicap 15

Eigentlich bestellen die Kunden bei Schneiderin Jessica Lewerentz nur eine normale Jacke oder Hose. Und doch macht die 34-Jährige ungewöhnliche Mode: Sie hat sich auf Menschen mit Handicap spezialisiert. Für ihre Geschäftsidee wurde Lewerentz nun neben zwei anderen Betrieben mit dem Preis „Innovatives Handwerk“ ausgezeichnet.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	12	Rätsel & Roman	26
Fernsehen	28	Tipps & Termine	27
Lesermeinung	4	Veranstaltungsanzeigen	6

Die Wächter des Staatsbesitzes

Bremen (bem). 60 Menschen sind es, die im Namen der Stadt die Geschicke der öffentlichen Unternehmen Bremens kontrollieren. Dazu zählen etwa die Flughafen Bremen GmbH, die Bremer Straßenbahn AG und die Bremer Weser-Stadion GmbH – Firmen also, die nicht nur ganz oder zum Teil der Stadt und dem Land Bremen gehören, sondern auch Firmen, mit denen fast jeder Bremer im Alltag zu tun hat.

Insgesamt 130 Aufsichtsratsmandate in 45 bremischen Beteiligungsgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts fallen auf die 60 Vertreter, die vom Senat entsandt werden. Unter ihnen finden sich neben prominenten Politikern wie Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) oder Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) auch Mitarbeiter der Verwaltung, die sonst eher nicht in der Öffentlichkeit stehen: Martin Hagen zum Beispiel, der hauptberuflich als Referatsleiter im Finanzressort arbeitet, und im Aufsichtsrat der Brekom sitzt, oder Regina Rüpke, Abteilungsleiterin beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Mandate bei der Bremer Aufbau-Bank und der Bremer Verkehrsgesellschaft ausübt.

„Das ist ein sehr verantwortungsvoller Job“, sagt Finanzstaatsrat Dietmar Strehl. Im Vergleich zu vor 15 Jahren hätten sich die Rahmenbedingungen geändert – etwa durch die Verschärfung der Aktien- und Beteiligungsrechte. Bei der Aufgabe könne man heute nicht mehr mit einem halben Auge hinschauen. **Berichte Seiten 18 und 19**